

**Siegfried Faust,**

Stadtverordneter **der Stadt Jülich**

**DIE LINKE** im Jülicher Rat

Postfach 11 10

52421 Jülich

**Telefon:** 0163-7681628

Siegfried-faust@dielinke-juelich.de

www.dielinke-juelich.de

**Spendenkonto/ Bankverbindung:**

*DIE LINKE* Kreisverband Aachen

Konto-Nr.: 489 572 508

BLZ: 370 100 50

Postbank Köln

Datum : 28.August 2010

*DIE LINKE* Jülich \* Postfach 11 10 \* 52421 Jülich

---

An den Landrat des Kreises Düren,  
Herrn Wolfgang Spelthahn  
Kreisverwaltung Düren  
Bismarckstr. 16  
52351 Düren

## **Anfrage zur Anzahl und zur Situation von so genannten „Aufstockern“ (Erwerbstätigen, die ihren kargen Lohn durch Leistungen nach dem SGB II ergänzen müssen) aus der Stadt Jülich**

---

Sehr geehrter Herr Landrat,

ich möchte hiermit in meiner Funktion als Stadtverordneter der Partei DIE LINKE im Jülicher Stadtrat zur nächsten Kreisausschusssitzung am 14. September 2010 folgende Anfrage stellen:

- Wie viele erwerbstätige Menschen aus der Stadt Jülich beziehen derzeit neben ihrem Arbeitseinkommen ergänzende Leistungen nach dem SGB II
- Wie viele Menschen davon gehen in Vollzeit (>35 Arbeitsstunden pro Woche) einer Erwerbstätigkeit nach
- In welcher Höhe belaufen sich die Gesamtausgaben für lohnergänzende Leistungen nach dem SGB II, für Kindergeldzuschläge und für Wohngeld, die Erwerbstätigen aus der Stadt Jülich gewährt werden
- Ist die Zahl von Erwerbstätigen aus Jülich, die auf lohnergänzende Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2009 gestiegen und wenn ja, in welcher Größenordnung
- Wurden in den Jahren 2009 und 2010 Einschränkungen oder gar Sanktionen nach SGB II, § 31ff gegenüber Erwerbstätigen aus der Stadt Jülich, die Anspruch auf lohnergänzende Leistungen nach dem SGB II haben, verhängt und wenn ja in welcher Größenordnung und mit welchen Begründungen
- Wurden in den Jahren 2009 und 2010 Erwerbstätige aus Jülich, die Anspruch auf lohnergänzende Leistungen nach dem SGB II oder auf Wohngeld haben von der Job Com aufgefordert, eine billigere Wohnung zu beziehen und wenn ja, in welcher Größenordnung sind diese Aufforderungen ausgesprochen worden

### Begründung:

Leider ist in der Bundesrepublik ein dramatischer Anstieg des Niedriglohnsektors zu verzeichnen. Immer mehr UnternehmerInnen sind dazu übergegangen, die konstanten Steigungen im Bereich der Arbeitsproduktivität systematisch von der Lohnentwicklung abzukoppeln. Das hat leider immer öfter zur Folge, dass Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, auf staatliche lohnergänzende Leistungen angewiesen sind. Als Vertreter der Partei DIE LINKE, der sich seit der Einführung der unseligen Hartz- Gesetze kritisch damit auseinandersetzt, habe ich zur Kenntnis genommen, dass inzwischen immer häufiger

die den ARGEN bzw. den Job Agenturen zur Verfügung stehenden Instrumente der so genannten „Forderung“ bzw. sogar der Sanktionierung gegenüber Erwerbstätigen, die ihr karges, zum Teil sogar sittenwidriges Einkommen durch Leistungen nach dem SGB II „aufstocken“ müssen, in Anwendung gebracht werden.

Mit dem rasant zunehmenden Trend in der Bundesrepublik, dass sich immer öfter „Arbeitgeber“ ihren Lohnkostenfaktor durch den Steuerzahler subventionieren lassen, schreitet eine Fehlentwicklung voran, die auch der geltenden Rechtslage widerspricht. So ist nach Titel 1, Abs. 5 der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der EU vorgesehen, dass ein Anspruch auf ein gerechtes Arbeitsentgelt zur angemessenen Sicherung des Lebensstandards bestehen sollte. Sogar die Verfassung von NRW beinhaltet eine entsprechende Regelung.

Die dramatische wirtschaftliche Situation von Städten und Gemeinden, die auch die Stadt Jülich betrifft, verlangt dringlich, dass endlich von Bund und Land Schritte in die Wege geleitet werden, die allen erwerbstätigen Menschen das Recht einräumen, von ihrer Arbeit auch angemessen leben zu können (zum Beispiel durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von etwa 10 Euro pro Arbeitsstunde). Damit würden nicht nur die Sozialkassen stabilisiert, sondern auch die kommunalen Kassen könnten deutlich entlastet werden.

Um zu dieser Thematik, die Stadt Jülich betreffend, einen Überblick zu erhalten, ist es für mich als gewählten Vertreter im Jülicher Stadtrat, der gerade auch die Interessen dieser Klientel im Stadtrat vertritt wichtig, die Antworten auf die oben gestellten Fragen analysieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen,

Siegfried Faust,  
Stadtverordneter, *DIE LINKE* im Jülicher Rat.